

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Zukunftsinvestitionen in die Köpfe

Das „Gesetz zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch Abschaffung der Eigenheimzulage“ wurde am 22. Oktober 2004 vom Bundestag beschlossen.

Die durch die Abschaffung der Eigenheimzulage frei werdenden Mittel – mittelfristig ca. sechs Milliarden Euro jährlich – sollen in Bildung, Forschung und Innovation investiert werden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, Wachstum zu fördern und neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Position hat der Senat zur Abschaffung der Eigenheimzulage und deren alternative Verwendung für Bildung, Forschung und Innovation?
2. Wie hat Bremen im Bundesrat bzw. im Vermittlungsausschuss votiert?
3. Welche Investitionsprojekte in Bremen und Bremerhaven würde der Senat aus den Mitteln der abgeschafften oder reduzierten Eigenheimzulage zur Realisierung vorschlagen?

Dr. Carsten Sieling, Ulrike Hövelmann, Uta Kummer,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD